

Dr. Wolfgang Sender (28.08.2015)

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

Belarus ist ein gegenüber der EU streng abgeschirmter Staat an der EU-Außengrenze. Es ist nicht im größeren Stile Durchgangsland für Flüchtlinge oder Zuwanderer. Die EU-Grenze wird sowohl von belarussischer Seite als auch von Seiten der EU-Mitglieder durchgängig und auf hohem Niveau überwacht. Gegenüber Russland bestehen hingegen praktisch keine Grenzkontrollen, da Russland und Belarus eine Wirtschafts- und Zollunion und einen Staatenbund bilden. Auch die Staatsangehörigen von Kasachstan, das neben Russland auch Mitglied der Wirtschafts- und Zollunion ist, können über Russland nach Belarus frei einreisen.

In der Öffentlichkeit wird die Migration vor allem zu drei Schwerpunktthemen behandelt: erstens der Arbeitsmigration und der „Brain Drain“ aus Belarus vor allem nach Russland, zweitens die Zuwanderung von Gastarbeitern aus dem asiatischen Raum sowie drittens die Zuwanderung von ukrainischen Staatsbürgern nach Belarus insbesondere infolge der kriegsrischen Auseinandersetzungen dort. Dies alles ist jedoch angesichts deutlich drängenderer wirtschaftlicher und politischer Themen in Belarus kein dominierendes Thema in der belarussischen Öffentlichkeit und in den Medien.

Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien und in der Gesellschaft

Angesichts eines relativ niedrigen offiziellen positiven Migrationssaldos – ca. 133.000 Personen – seit 1995 bis Mitte 2015 – ist das Thema für die Bevölkerung und somit auch für die politischen Parteien nicht aktuell. Auch eine Verstärkung der Migration nach Belarus in den Jahren 2014/2015 u.a. durch eine bedeutende kurzfristige Einwanderung der Ukrainer (2014 bis Mitte 2015 laut polizeilicher Statistik ca. 100.000 Personen) konnte aus zweierlei Gründen keine Schlagzeilen machen: Die meisten Ukrainer ziehen weiter nach Europa oder Russland bzw. gehen zurück in die Ukraine. Offiziell haben sich 2014 nur 25.000 ukrainische Migranten in Belarus angemeldet. Nur 9.687 davon ließen sich als offiziell angemeldete Arbeitsmigranten in Belarus nieder. Der andere Grund: die offizielle Statistik von Belarus berücksichtigt die Abwanderung nur lückenhaft. Die UNO Population Division errechnete für Belarus bereits 2011 einen angehäuften negativen Migrationssaldo von 278.000 Personen. Somit verursacht das Migrationsthema in dem weitgehend abgeschotteten Belarus weder in der Gesellschaft noch auf dem Arbeitsmarkt Spannungen.

Eine gesetzliche Grundlage für die Aufnahme der Migranten und Flüchtlinge besteht in Belarus seit 1995. Sie wird ständig weiter entwickelt. Man arbeitet hierzu mit dem UNHCR zusammen. Die Integration der ukrainischen Migranten aus dem Kriegsgebiet erfolgt anhand eines speziellen Erlasses des belarussischen Präsidenten vom September 2014, der ihnen eine leichtere und schnellere Integration ermöglicht. Kulturelle Gemeinsamkeiten von Ukrainern und Belarussen erleichtern Integrationsmaßnahmen.

Die zuständigen Behörden versuchen Flüchtlinge und Arbeitsmigranten in den Regionen mit erhöhtem Arbeitskräftebedarf unterzubringen.

Angesichts der unbedeutenden Migrantenzahlen ist die Zuwanderung minimal und wird nicht als Problem empfunden. Eine noch nicht ausreichend erforschte Herausforderung besteht in der Auswanderung von qualifizierten, meist jungen Fachkräften, allen voran aus dem IT-Bereich, aber auch Ärzten und Vertretern von anderen Berufen. Laut Schätzungen des National Science and Technology Portals of the Republic of Belarus wanderten allein in den Jahren 1996-2009 ca. 4.000 bis 5.000 Wissenschaftler und universitäre Lehrkräfte aus Belarus aus. Ca. 8.000 belarussische Studenten studieren in Europa und den USA und ca. 20.000 - in Russland. Die gesamte Abwanderung der Arbeitskräfte wurde in einer Studie von BISS 2013 auf ca. 150.000 Personen jährlich geschätzt und überstieg somit die offiziellen statistischen Angaben um das 30-fache.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

Eine erhebliche aber temporäre Zuwanderung von Arbeitskräften aus China, Nordkorea und den postsowjetischen asiatischen Republiken, die meist für Bauprojekte beschäftigt werden, sorgt gelegentlich für Schlagzeilen, etwa als es im Juli 2015 zu öffentlichen arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen chinesischen Bauarbeitern und Baugesellschaften gekommen ist. Die ausländischen Bauarbeiter werden meist objektbezogen und geschlossen untergebracht und werden von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Ursachen für Abwanderung

Die wirtschaftliche Krise und ein niedriges Einkommen selbst im Vergleich zu den ehemaligen Sowjetrepubliken (ausgenommen der Ukraine und Moldau) spülen vor allem qualifizierte meist junge Fachkräfte aus dem belarussischen Arbeitsmarkt aus. Bis 2014 war eine starke Abwanderung der Arbeitskräfte nach Russland (85 Prozent aller Arbeitsmigranten) zu verzeichnen, gegenwärtig nimmt die Abwanderung in die EU zu, vor allem nach Polen. Diese Tendenzen werden aber von der offiziellen Statistik (noch) nicht erfasst. Laut einer Studie von BISS arbeiten bereits heute ca. 150.000 Belarussen in der EU, 120.000 davon mit offiziellen Aufenthaltsgenehmigungen. Die Projektion der Studie sieht bei einem für Belarus besseren Szenario die Abwanderung von 380.000 belarussischen Arbeitskräften in die EU bis 2050 voraus, bei einem schlechteren eine Abwanderung von über 600 000 Arbeitskräften. Die Abwanderung kann aber durchaus höher ausfallen. Bereits heute vermisst der belarussische Arbeitsmarkt ca. 1 Mio. Beschäftigte: Die offizielle Statistik zählt 5,6 Mio. Belarussen im arbeitsfähigen Alter und nur 4,55 Mio. davon sind in der belarussischen Volkswirtschaft beschäftigt.

Umgang mit Flüchtlingen

In Belarus wird kein Ansturm von Flüchtlingen verzeichnet. Der Flüchtlingsstatus wurde in Belarus seit 1997 bis 2013 nur 872 Personen von insgesamt 1.238 einschlägigen Antragstellern zuerkannt. Trotz der kriegerischen Auseinandersetzungen in der benachbarten Ukraine erhöhte sich die Anzahl der Flüchtlinge in Belarus zum 1.08.2015 nur auf 910 Personen (+38 Personen im Vergleich zum 31.12.2013). Illegale Migration erscheint nach bekannten Fakten eher unbedeutend: nur 533 illegale Migranten wurden 2006 bis 2013 registriert. Bisher gab es keine Meldungen seitens der zuständigen Behörden über eine Verstärkung der illegalen Migration. Die Zuständigkeit für Flüchtlingsfragen liegt im Departement für Staatsangehörigkeit und Migration des Innenministeriums der Republik Belarus.

Da seit 1997 bis Mitte 2015 in Belarus nur 910 Flüchtlinge registriert wurden, werden diese von der Bevölkerung kaum als Problem wahrgenommen. Neben der staatlichen Infrastruktur für die Aufnahme der Flüchtlinge gibt es NGOs, die sich der Flüchtlingsprobleme annehmen. In dieser Hinsicht kann von einer Willkommenskultur gesprochen werden - allerdings fehlen entsprechende Zuwanderer.

Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern weitgehend offener Grenzen gibt es weniger wegen Flüchtlingen, sondern wegen der geopolitischen Orientierung des Landes. Befürworter einer pro-europäischen Entwicklung von Belarus möchten gerne mehr Kontrollen an der heutzutage einzigen offenen Grenze von Belarus, nämlich zu Russland, haben und mehr Offenheit an der Grenzen zu den EU-Nachbarn Polen, Litauen und Lettland.

Entwicklungspolitische Bedeutung von Migration in Belarus

Für die alternde und schrumpfende belarussische Bevölkerung (9,485 Mio. Einwohner aktuell, 1993 waren es noch 10,24 Mio.) ist ein durch die nationale Statistik ausgerechneter positiver Migrationssaldo eher von Vorteil und auf lange Sicht auch ein Plus für die belarussische Wirtschaft.

Problematisch allerdings ist, dass Belarus den Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte an seine reicheren Nachbarn verliert: 1997-2010 gab die offizielle belarussische Statistik eine negative Arbeitsmigration von -2.500 Personen jährlich an, die Schätzungen vom Belarussischen Institut für Strategische Studien (BISS) beliefen sich auf -150.000 Personen pro Jahr.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

Bei einem negativen Saldo der Arbeitsmigration verliert Belarus an die reicheren Nachbarn eher hochqualifizierte und bekommt weniger qualifizierte Arbeitskräfte. Angesichts der sich gegenwärtig im Sinkflug befindenden belarussischen Wirtschaft werden sich diese Tendenzen eher verstärken.

Belgien, Luxemburg und die Niederlande

Dr. Stefan Gehrold / Tina Mercep (30.09.2015)

Laut einer jüngst durchgeführten Meinungsumfrage im belgischen Fernsehen denken 7 von 10 Belgiern, dass es in ihrem Heimatland zu viele Migranten gibt. In der aktuellen Situation verschärft sich auch der Ton in den Benelux-Staaten aufgrund eines immer angespannteren Klimas in Bezug auf die Migrationsthematik.

Vor der Einwanderungsbehörde in Brüssel, die die zentrale Anlaufstelle für alle sich registrierenden Flüchtlinge in Belgien ist, leben diese in Zelten und warten seit Wochen auf eine Verbesserung ihrer Lage. Täglich kommen 600 neue Asylsuchende hinzu. Etwa 200 Anträge können pro Tag bearbeitet werden. Theo Francken, Staatssekretär für Asyl und Immigration, sagt die Lage sei unter Kontrolle, dennoch gebe es eine gewisse Kapazität, die nicht überschritten werden dürfe. Die meisten Ankömmlinge kommen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, Eritrea und Somalia. Ein Ende des Ansturms ist nicht in Sicht, sodass schnellstmöglich 6.000 neue Auffangplätze geschaffen werden sollen. Seit Anfang des Jahres wurde über 8.000 Menschen das Recht auf einen Flüchtlingsstatus gewährt. Durch den weiter anhaltenden Strom von Asylsuchenden entstand im Parc Maximilien in der Nähe des Gare du Nord ein großes Zeltlager, welches den belgischen und europäischen Würdenträgern die Krise vor die Haustür brachte. Durch das gemeinsame Engagement von fünf NGOs und mit Hilfe von Spendengeldern konnte dieses zeitlich befristete Auffanglager in der Nähe des offiziellen Flüchtlingsbüros errichtet werden. Zu Beginn seien die Zustände in diesem Lager, Zeitungsberichten zufolge, menschenunwürdig gewesen. Nur durch die Hilfe von Freiwilligen kann die Situation nun bewältigt werden. Das Zeltlager soll nun jedoch nächste Woche geschlossen werden, da das Nicht-Handeln der Behörden nicht weiter unterstützt werden soll. Die Initiatoren und Helfer wollen so die Regierung unter Druck setzen, schnellstmöglich zu handeln. Ein Zeichen setzte die belgische Gesellschaft auch am 28. September als circa 15.000 Menschen in Brüssel für mehr Solidarität mit den Flüchtlingen demonstrierten.

Dagegen hat auf der anderen Seite die Diskussion um schärfere Grenzkontrollen in Belgien stark zugenommen. So befürworten 74,3 Prozent der Belgier schärfere Maßnahmen und strengere Kontrollen an den Grenzübergängen zu ihrem Land, um die Flüchtlingskrise besser im Griff haben zu können. Staatssekretär für Asyl Francken droht angesichts der unzureichenden Kontrollen der externen Grenzen die Wiedereinführung interner Grenzkontrollen an.

In den sozialen Medien wird das Thema zurzeit ebenfalls viel diskutiert. Auf den Nachrichtenseiten häufen sich unter Artikeln zur Migration negative wie positive Kommentare. Die Anteilnahme an der öffentlichen Diskussion ist nicht nur in Politik und Medien sondern auch in der Gesellschaft groß. Da der belgische Staat in seiner finanziellen Unterstützung für Flüchtlinge im Vergleich zu Deutschland eher zurückhaltend ist – der wöchentlich zur Verfügung gestellte Betrag für in Flüchtlingszentren lebende Erwachsene beträgt gerade einmal EUR 7,40 – muss die großherzige private Initiative vieler Bürger hervorgehoben werden. Radikale Meinungen zur Flüchtlingsthematik halten sich im Internet zumindest auf den Portalen der großen Zeitungen des Landes, wie *La Libre* oder *Le Soir* in Grenzen. Auch auf der Facebook-Seite des belgischen Pegida-Ablegers mit über 1.400 Abonnenten ist der Diskussionston zur aktuellsten Flüchtlingswelle gemäßigt.

In den Blickpunkt ist allerdings die Stadt Vilvoorde, nördlich von Brüssel, geraten, in der islamistische Radikale syrische Flüchtlinge bedrohen und sie dafür beschimpfen, dass sie geflohen sind, statt an der Seite des Islamischen Staates für die Errichtung eines Islamischen